

(Dr. Turgut Altug)

Sehr geehrte Damen und Herren von der FDP-Fraktion! Neben der wenig sinnvollen Beschwerde bei der Bundesnetzagentur fordern Sie weiterhin in Ihrem Antrag, dass der Senator für Justiz und Verbraucherschutz, Dr. Behrendt, die Staatsanwaltschaft anweisen soll zu prüfen, ob ein gewerbsmäßiger Betrug durch einzelne Paketdienstleister vorliegt. Ich frage Sie: Welcher liberalen Denkrichtung entspricht denn diese Idee? Wie soll das konkret funktionieren?

[Holger Krestel (FDP): Wehe dem Rechtsstaat!]

Meinen Sie allen Ernstes, dass der Justizsenator Dr. Behrendt der Staatsanwaltschaft Weisungen auf Grundlage von Presseberichten erteilt?

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Freymark?

Dr. Turgut Altug (GRÜNE):

Nein! – Es ist nicht die Aufgabe des Justizsenators, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, Ermittlungen aufzunehmen. Ermittlungen werden aufgenommen, wenn Strafanzeigen vorliegen. Dann sollen Sie Strafanzeige stellen!

Sehr geehrte Damen und Herren von der FDP-Fraktion! Ich bin kein Freund der Polemik.

[Holger Krestel (FDP): Bulimie hätte ich gerne, dann wäre ich dünner!]

– Sie können dazwischenrufen, ich habe noch ein bisschen Zeit, Herr Kollege! – Ich bin kein Freund der Polemik. Wäre ich einer, würde ich Ihnen zurufen: Besser keinen Antrag schreiben als einen schlechten! – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags federführend an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3.4:

Priorität der Fraktion der SPD

Tagesordnungspunkt 12

Das Land Berlin als Vorreiter gegen sachgrundlose Befristungen

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 9. November 2017 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 17. November 2017
Drucksache [18/0659](#)

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [18/0429 Neu](#)

[Unruhe]

Meine Damen und Herren! Wir sind bei einem neuen Tagesordnungspunkt; da würde ich gerne fortsetzen.

[Heiko Melzer (CDU): Alles klar!]

Darf ich mit dem neuen Tagesordnungspunkt fortsetzen, oder möchten Sie die Gespräche draußen fortführen?

[Holger Krestel (FDP): Wie Sie wollen!]

In der Beratung beginnt die Fraktion der SPD. Es hat die Abgeordnete Frau König das Wort. – Bitte schön!

Bettina König (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal sind es die Details, die einen großen Unterschied machen.

[Mario Czaja (CDU): Ja! –
Lachen bei der CDU]

So ist es zum Beispiel ein riesiger Unterschied, ob jemand einen sicheren oder einen unsicheren, einen befristeten oder unbefristeten Arbeitsvertrag hat,

[Zuruf von Stefan Förster (FDP)]

denn: Es hat Einfluss auf fast alles im Leben, wenn die eigene Arbeit als gefährdet empfunden wird. Es hat Einfluss darauf, ob und wann man sich entscheidet, Kinder zu bekommen. Es hat Einfluss darauf, ob man optimistisch in die Zukunft blicken kann. Es hat Einfluss darauf, wie viel und was man konsumiert, und es hat Einfluss darauf, wie viel Sicherheit und Gelassenheit man seinen eigenen Kindern vermitteln kann. Weil das alles so ist und mittlerweile 45 Prozent der neu eingestellten Beschäftigten nur noch befristet angestellt werden, ist es richtig und wichtig, die befristete Beschäftigung einzuschränken.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Es ist ein großer Schritt für die vielen Betroffenen und ein großer Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der sich die Menschen sicherer und aufgehoben fühlen können, hin zu einer Arbeitswelt, in der nicht die Flexibilität von

(Bettina König)

Unternehmen an erster, an wichtigster Stelle steht, sondern die Menschen an erster und wichtigster Stelle stehen. Genau deshalb setzt sich die Sozialdemokratie dafür ein, die sachgrundlose Befristung grundsätzlich und komplett abzuschaffen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Uns ist klar, dass wir das nicht in diesem Haus können, sondern dass wir das im Deutschen Bundestag durchsetzen müssen. Aber auch wir hier haben die Möglichkeit, einen Beitrag zu diesem längst überfälligen Schritt zu leisten, und wir tun es jetzt.

Das Land Berlin ist Arbeitgeber von vielen Tausend Menschen, und es ist eine beschämende Wahrheit, dass ein erheblicher Anteil unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch unter der Unsicherheit befristeter Arbeitsverhältnisse leidet. Hier können wir handeln, und hier müssen wir handeln. Darum ist es gut, dass wir heute beschließen werden, sachgrundlose Befristung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes im öffentlichen Dienst, in den Landesunternehmen sowie in den Töchterunternehmen auszuschließen. Gerade in einigen Töchterunternehmen – ich möchte hier nur CFM oder Vivantes Therapeutische Dienste nennen – ist es bisher nicht unüblich, Angestellte sachgrundlos zu befristen. Das wollen wir so nicht. Ich bin sicher, dass sich der Senat zügig daranmachen wird, den Beschluss umzusetzen; wir werden das sehr aufmerksam begleiten.

Auch wenn das nur ein erster Schritt hin zu besseren Arbeitsbedingungen ist, so ist es ein wichtiges Signal, das weit über Berlin hinaus vernommen werden wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang an den Mindestlohn erinnern. Auch hier waren wir in Berlin Vorreiter und haben über das Vergabegesetz einen Mindestlohn eingeführt, der seitdem für alle Unternehmen gilt, die von Aufträgen des Landes profitieren wollen. Mittlerweile gibt es einen allgemeinen Mindestlohn, der in ganz Deutschland gilt. Die Wirtschaft ist im Übrigen nicht davon zusammengebrochen, obwohl Arbeitgeberverbände und Unternehmen dies im Vorfeld lautstark verkündeten.

Ich wünsche mir, dass es bei der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ähnlich laufen wird – Berlin als Vorbild für den Bund. Wir Sozialdemokraten werden uns jedenfalls weiterhin an jeder Stelle, in jedem Parlament dafür einsetzen, dass Menschen sichere, gute und verlässliche Arbeitsplätze haben.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Auch das Land Berlin als Arbeitgeber hat da noch weitere Hausaufgaben zu erledigen, bis wir überzeugend für gute Arbeit in jeglicher Hinsicht stehen können. Wir sind aber auf dem richtigen Weg. Wir werden die Menschen mit diesem Antrag vor unnötigen Unsicherheiten schützen.

Wir wollen, dass die Risiken nicht mehr einseitig auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Ich freue mich, dass es in Berlin eine Koalition gibt, die den Mut und die Kraft für diesen Schritt hat. Wir sind beim Thema gute Arbeitsbedingungen in Landesverantwortung im ersten Jahr Rot-Rot-Grün einen guten Schritt vorangekommen. Wir zeigen den Berlinerinnen und Berlinern, dass wir Wort halten und gemeinsam das Leben in dieser Stadt tatsächlich besser und gerechter machen, damit mehr Menschen in unserer Stadt optimistisch in die Zukunft blicken können. Wer für das Land Berlin arbeitet, tut dies künftig, wo immer es geht, mit sichereren Perspektiven, und das ist gut so. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Abgeordnete Herr Schultze-Berndt das Wort. – Bitte schön!

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser Wohlstand und unsere Lebensqualität hängen wesentlich vom stetigen und nachhaltigen Wachstum unserer Wirtschaft ab. Sie muss international wettbewerbsfähig bleiben, ihre Fähigkeit zu Innovationen ausbauen und ausreichend neue Arbeitsplätze schaffen,

[Torsten Schneider (SPD): Was kostet der Mensch?]

auch und gerade im digitalen Zeitalter und im Zeitalter der Globalisierung. In der sozialen Marktwirtschaft setzen wir auf die Kraft und die Kreativität des Einzelnen, von Arbeitnehmern und Unternehmen. Wir setzen auf Aufstiegschancen für alle, die bereit sind, dafür ihren Beitrag zu leisten.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Wir wissen auch, dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit unverzichtbar sind. Wir lassen in Deutschland niemanden zurück, und wir wollen vielen eine Chance zu Teilhabe und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung geben.

Deutschland hat heute die geringste Arbeitslosigkeit seit über 25 Jahren. Derzeit gibt es 44 Millionen Beschäftigungsverhältnisse, so viele wie noch nie zuvor. Jahr für Jahr kommen eine halbe Million neue hinzu, viele von ihnen sozialversicherungspflichtig und gut bezahlt. Die Zahl der offenen Stellen wächst beständig. Die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste in Europa. Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze übersteigt bundesweit die Zahl der Bewerber. Das war nicht immer so. Die rot-grüne Koalition hat Deutschland im Jahr 2005 mit über 5 Millionen Arbeitslosen hinterlassen. Im Sommer dieses Jahres lag die Arbeitslosigkeit unter 2,5 Millionen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von nur noch 5,5

(Jörn Jakob Schultze-Berndt)

Prozent, und das ist eine großartige Bestätigung der Politik mit Weisheit, Vernunft und Augenmaß.

[Beifall bei der CDU –
Zuruf von Udo Wolf (LINKE)]

Sozial ist, was Arbeit schafft. Jeder Arbeitslose ist einer zu viel. Mehr Arbeitsplätze bedeuten mehr Wirtschaftswachstum, höhere Löhne, mehr Steuereinnahmen, mehr Sozialbeiträge, mehr Wohlstand für unser Land. Wir als CDU wollen uns insbesondere den Langzeitarbeitslosen widmen. Wir wollen eine Chance auf Arbeit für jeden Menschen in Deutschland, denn Arbeit dient der Selbstverwirklichung des Einzelnen und schafft Lebensqualität.

[Udo Wolf (LINKE): Ganz schön lange
für eine Herleitung!]

Wir finden uns mit der hohen Zahl der Langzeitarbeitslosen nicht ab. Wir werden und haben ihre Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration in den Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern. Viele der heute vorhandenen Langzeitarbeitslosen haben multiple Vermittlungshemmnisse. Für viele Langzeitarbeitslose waren befristete Arbeitsverhältnisse der Einstieg in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Natürlich wäre es uns als CDU am liebsten, wenn wir nur noch unbefristete Vollzeitverhältnisse hätten und die Befristungsquote bei null läge. Die Realität ist aber eine andere, das ist ganz klar. Die befristeten Stellen waren für viele Menschen in den letzten Jahren die Brücke in den Arbeitsmarkt und eine Brücke in eine unbefristete Beschäftigung. Schauen wir uns die heutigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt an, so sehen wir Regionen mit Vollbeschäftigung und einen eklatanten Fachkräftemangel. Die Brücke in die unbefristete Festanstellung hat funktioniert.

Selbstständige, freie Berufe, Handwerk und Mittelstand bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und stehen weltweit für hohe Qualitätsstandards. Sie schaffen mit Abstand die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Allgemeinwohl. Wir als CDU wollen ihre Leistungen öffentlich anerkennen und fördern.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Düsterhöft?

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU):

Gerne!

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Bitte, Herr Düsterhöft!

Lars Düsterhöft (SPD):

Danke schön! – Auch Ihnen vielen Dank für den sehr interessanten und netten Vortrag über unsere soziale Marktwirtschaft und die Positionierung der CDU zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit. Ich frage mich, wann Sie zum Thema Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, sprich § 14 Abs. 2, kommen. Bisher haben Sie eventuell am Rande etwas über § 14 Abs. 1 gesprochen. Ich bin auf Ihren Beitrag zum Thema gespannt.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU):

Das Schöne an dem Thema ist: Es ist ein sehr komplexes.

[Torsten Schneider (SPD): Ja! Aber haben Sie
auch eine Meinung dazu?]

Es ist offensichtlich ganz wichtig, mit einfacher Sprache darzustellen, worum es uns geht.

[Torsten Schneider (SPD): Ja!]

Uns geht es, um es ganz einfach zu formulieren, darum, dass wir für die Menschen eine Chance zur Integration in den Arbeitsmarkt zu leisten haben. Für viele dieser Menschen ist eine befristete Tätigkeit oder auch eine Leiharbeit oder eine zusätzliche Ausbildung der Weg in eine reguläre und unbefristete Beschäftigung. Und dieses als eine gesellschaftliche Aufgabe darzustellen, daran lag mir in besonderer Art und Weise.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Isenberg?

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU):

Gerne!

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Bitte, Herr Isenberg!

Thomas Isenberg (SPD):

Herr Kollege! Verstehen Sie eigentlich, dass die Menschen oftmals konkrete Probleme haben und eine konkrete Lösung haben wollen und erwarten, dass das Land Berlin hier ordnungspolitisch eingreift und auch eine Leitplanke in der sozialen Marktwirtschaft aufbaut, oder wollen Sie den Einzelnen allein lassen?

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU):

Wenn ich ehrlich bin, habe ich Ihre Frage nicht ganz verstanden, aber ich glaube, dass meine Fortsetzung der Rede Ihnen auf Ihre Frage eine Antwort geben wird.

(Jörn Jakob Schultze-Berndt)

Wir brauchen Personen, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Mehr junge Menschen als bisher sollten aus unserer Sicht den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Dazu brauchen wir eine neue Gründungskultur, in der Erfolg anerkannt und Scheitern nicht diffamiert wird.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Wer sich selbstständig macht, geht oft größere Risiken ein und arbeitet mehr und härter für seinen Erfolg. Gerade diejenigen, die sich frisch selbstständig gemacht haben, schauen auf eine ungewisse Zukunft. Diese unternehmerisch handelnden Menschen wissen häufig nicht, wie sie finanziell die kommenden Wochen und Monate überstehen können. Hier ist das Instrument der befristeten Einstellung von Mitarbeitern ganz wichtig, diese Scheu, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzustellen, mit der Hoffnung, ihnen künftig dauerhaft unbefristet einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu können, sehr wichtig.

Diese Position der befristeten Einstellung teilen wir im Übrigen – – Ich nehme gern die Zwischenfrage an.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Noch erteile ich das Wort, und wir hatten schon zwei, Herr Schultze-Berndt, fahren Sie bitte mit Ihrer Rede fort!

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU):

Okay, vielen Dank, Entschuldigung!

[Heiterkeit bei Sabine Bangert (GRÜNE)]

Diese Position der befristeten Einstellung für Gründer teile ich im Übrigen mit der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, die einen Antrag der Linken im Bundestag auf Abschaffung der sachgrundlosen Befristung abgelehnt hat, mit Hinweis darauf: Wir brauchen diese flexiblen Instrumente.

Im hier vorliegenden Antrag geht es darum, dass in Berlin die öffentliche Hand und alle dem Land gehörenden Institutionen, Organisationen und Unternehmen mit sofortiger Wirkung auf die sogenannte sachgrundlose Befristung von Mitarbeitern verzichten sollen. Ja, die öffentlichen Auftraggeber haben eine besondere Verantwortung. Wir kennen alle Frau Nahles, die allen politischen Gegnern „auf die Fresse hauen“ will. Im Ministerium von Frau Nahles, der SPD-Fraktionsvorsitzenden, dem Ministerium für Arbeit und Soziales, waren 2016 41,6 Prozent aller Befristungen sachgrundlos.

[Paul Fresdorf (FDP): Empörend!]

Wir werden dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zustimmen können und uns enthalten. Wir wollen, dass alle Menschen einen Arbeitsplatz haben und von der Arbeit leben können. Wir als CDU glauben, dass die Umsetzung dieses Gesetzes für die Senatsverwaltungen, die Universi-

täten, die städtischen Gesellschaften und Firmen ernsthafteste Herausforderungen darstellt. Ich denke, dass eine ganze Reihe von Personen künftig nicht mehr eingestellt werden kann, weil die jetzt vorliegende Regelung zu restriktiv ist. Damit verhindern wir, dass diese Personen eine Perspektive auf eine dauerhafte Beschäftigung erhalten. Wir stehen an der Seite der Existenzgründer.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede! Sie haben Ihre Zeit schon überschritten.

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU):

Wir stehen an der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Und wir stehen an der Seite all derjenigen, die einen Job haben wollen und darauf hoffen, dass ihre Familie davon leben kann. – Vielen herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt die Abgeordnete Frau Schubert das Wort. – Bitte schön!

Katina Schubert (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schultze-Berndt! Sie wissen, ich schätze Sie als Reinickendorfer Abgeordneten, aber diese Märchenstunde war mir dann doch zu viel.

[Beifall bei der LINKEN und der SPD]

In der Schule hätte es geheißen: Thema verfehlt, weitgehend verfehlt, mangelhaft minus!

Über was reden wir denn hier? – Berlin ist Hauptstadt der Prekarität, leider immer noch. Über 80 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor. Gerade da haben wir einen hohen Anteil an prekären Beschäftigungen, an sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnissen, an Leiharbeit etc. Es ist unser erklärtes Ziel als Koalition, diese Prekarität zurückzudrängen und gute Arbeit in Berlin zu schaffen. Einen wichtigen Beitrag kann der öffentliche Dienst leisten, wenn im öffentlichen Dienst und in den landeseigenen Unternehmen sachgrundlose Befristungen abgeschafft werden.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Bettina König hat es gesagt: Die Folge sachgrundloser Befristungen sind – a – Kettenbeschäftigungsverhältnisse, wenn die Leute Glück haben, und – b – ein ständiger Zustand der Unsicherheit. Wer in einem ständigen Zustand der Unsicherheit lebt, kann sein oder ihr Leben nicht planen. Im Übrigen sind diese sachgrundlos befristeten Beschäftigungsverhältnisse überwiegend nicht gut

(Katina Schubert)

bezahlt. Es sind vor allem sehr junge Menschen, die in diesen sachgrundlosen Befristungsverhältnissen sind, und es sind vor allem Frauen, die in diesen sachgrundlosen Befristungsverhältnissen sind. Das heißt, wir haben es hier auch noch mit dem Tatbestand struktureller Diskriminierung zu tun.

[Lachen von Andreas Wild (fraktionslos)]

Und wer heute den Pressespiegel aufmerksam durchgelesen hat, der wird auch noch festgestellt haben: Diese ständige Unsicherheit, dieses ständige Befinden in prekären Arbeitsverhältnissen macht krank, und der Krankenstand bei Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen ist deutlich höher. Deswegen ist es ein wichtiger Beitrag, diese sachgrundlosen Befristungen wenigstens im Bereich des öffentlichen Dienstes und der landeseigenen Unternehmen für Berlin abzuschaffen.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Die ganzen Argumente, dass die Unternehmen die sachgrundlosen Befristungen brauchen, um zu gucken, ob Beschäftigte und Unternehmen zusammenpassen, damit man miteinander klarkommt, das ist alles dummes Zeug, denn dazu gibt es eine Probezeit. Die ist allerdings dann auch befristet, und danach muss man sich als Unternehmen entscheiden.

[Beifall bei der LINKEN und der SPD –
Beifall von Sabine Bangert (GRÜNE)]

Das Instrument der sachgrundlosen Befristung ist doch ein prozyklisches. Wenn die Aufträge hoch sind, dann wird ordentlich befristet eingestellt, und wenn es schwieriger wird, dann werden die Aufgaben wieder dem Staat überlassen. Dann heißt es: Geh mal zum Arbeitsamt! – Das ist keine sinnvolle Politik. Das hat auch mit sozial in der Marktwirtschaft nicht besonders viel zu tun.

[Beifall bei der LINKEN]

Was Sie da tun – da nehme ich mal Ihren Begriff der Klientelpolitik –, das ist reine Klientelpolitik, und zwar zulasten der Beschäftigten, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das nun wiederum ist unser Wählerauftrag der rot-rot-grünen Koalition, auch meiner Partei, für gute Arbeit, für Sicherheit in den Beschäftigungsverhältnissen zu sorgen, und das tun wir hier.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des fraktionslosen Abgeordneten Wild?

Katina Schubert (LINKE):

Nein, besser nicht! Ich gestatte viele Zwischenfragen, aber bestimmt nicht die von dem.

[Beifall bei der LINKEN]

Was ist deswegen für uns wichtig? – Wir brauchen die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung im öffentlichen Dienst im Land Berlin und in den landeseigenen Unternehmen. Wir brauchen eine Bundesregierung, die den Mut hat, den Fehler der Helmut-Kohl-Regierung Anfang der Achtzigerjahre zurückzunehmen

[Oliver Friederici (CDU): Jetzt kommen
die alten Kamellen!]

und die sachgrundlose Befristung auch auf Ebene der Bundesregierung zurückzunehmen und dort endlich Sicherheit und gute Arbeit zu schaffen. Wir haben in Berlin sehr viel damit zu tun, um jeden industriellen Arbeitsplatz zu kämpfen. Industrie ist ein Rückgrat auch des Dienstleistungsbereichs.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Wir haben
doch gar keine mehr!]

Um mal den ehemaligen Wirtschaftssenator zu zitieren: Wir können uns nicht alle gegenseitig die Haare schneiden. – Deswegen brauchen wir dieses Rückgrat.

[Beifall von Christian Gräff (CDU)]

Und deswegen ist es sehr unverantwortlich, was sich im Moment vonseiten großer Unternehmen wie Siemens, Ledvance, Knorr Bremse und anderer tut. Es ist unsere Aufgabe und Verpflichtung, dafür zu kämpfen, dass wir dieses Rückgrat in Berlin erhalten.

[Beifall bei der LINKEN und der SPD –
Beifall von Sabine Bangert (GRÜNE)]

Letzte Anmerkung: Das findet leider in Ihren Reden alles nicht statt. Die Arbeitswelt steht vor riesigen Herausforderungen. Es wird sich sehr vieles verändern, durch die Digitalisierung, durch die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitsverhältnissen, auch durch die Nicht-mehr-Trennung von Arbeitsplatz und zu Hause. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir Arbeitsregulierungsformen schaffen, die überhaupt dieser Herausforderung entgegenkommen, diese Herausforderung meistern können. Sachgrundlose Befristungen sind nun gerade ein Instrument der Deregulierung und zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. Genau den umgekehrten Weg müssen wir gehen, um dieser Herausforderung der Digitalisierung und neuer Arbeit gerecht zu werden. Diese Koalition ist in dieser Frage auf einem guten Weg. Ich werbe sehr um Zustimmung zu diesem Antrag.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die AfD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Christian Buchholz das Wort. – Bitte schön!

Christian Buchholz (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Gäste! Etwas Erstaunliches ist passiert: Ich halte zum ersten Mal einen Antrag von Rot-Rot-Grün in der Hand, in dem ein vernünftiger Satz steht.

[Heiterkeit bei von Andreas Wild (fraktionslos)]

Es ist die Drucksache 18/0429: Das Land Berlin als Vorreiter gegen sachgrundlose Befristungen. – Worum geht es in diesem Antrag?

[Zuruf von der SPD: Wissen wir!]

Etwas verkürzt gesagt geht es um Folgendes: Der Senat wird aufgefordert durchzusetzen, dass in landeseigenen Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst keine weiteren befristeten Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund abgeschlossen werden. Liegt kein sachlicher Grund vor, so soll kein befristetes, sondern ein unbefristetes Arbeitsverhältnis abgeschlossen werden.

[Zurufe von der LINKEN und den GRÜNEN]

Das klingt logisch, ist es auch. Es klingt arbeitnehmerfreundlich, ist es auch. Weiter heißt es:

Befristete Arbeitsverträge führen immer zu einer enormen psychischen Belastung bei den betroffenen Arbeitnehmern. Sie stehen unter besonderem Druck und können nicht sicher sein, ob ihr Familieneinkommen über die Befristung hinaus gesichert ist.

Und jetzt kommt der erstaunliche Satz:

Das führt zu großer Unsicherheit bei den Betroffenen und erschwert deren Lebens- und Familienplanung.

Das ist seit 1985, seit dem Offensichtlichwerden des Geburtenrückgangs in Deutschland das erste Mal, dass Rot-Grün sich über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Gedanken macht.

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Bangert?

Christian Buchholz (AfD):

Nein, noch nicht! Es ist das erste Mal, dass Rot-Rot-Grün ernsthaft überlegt, dass befristete Arbeitsverhältnisse eine negative Auswirkung auf die Familienplanung haben. Man will erstmalig etwas für junge Familien und die Familienplanung tun, und zwar so, dass nicht den Familienplanenden – und hier passt die Formulierung ausnahmsweise richtig gut – durch eine Aneinanderreihung von befristeten Arbeitsverhältnissen zusätzliche Steine in den Weg gelegt werden. Dieser Gedankengang ist so gut

und berechtigt, dass wir dem ganzen Antrag zustimmen werden.

[Zuruf von links: Das ist ja nicht zu fassen!]

Der Satz und die dahinter stehende Überlegung könnten glatt von der AfD sein!

[Beifall bei der AfD –

Lautes Lachen von Torsten Schneider (SPD)]

– Das ist so! Ich hoffe, die Unterschreibenden haben für diese AfD-nahe Überlegung nicht die üblichen Konsequenzen erleiden müssen. Ich hoffe, bei Frau König wurden keine Farbbeutel gegen das Haus geworfen. Ich hoffe, bei Frau Schubert wurden nicht die Scheiben des Autos eingeschlagen und die Reifen zerstoßen, wie es Herrn Pazderski passiert ist.

[Holger Krestel (FDP): Hat doch gar kein Auto!]

Ich hoffe, für Frau Kapek wurden keine Steckbriefe aufgehängt – sie ist gerade draußen, vielleicht ist sie gerade dabei, diese abzureißen –, wie das bei meinen Kollegen Mohr und Gläser passiert ist.

Mir ist nicht bekannt, dass sich Rot-Rot-Grün jemals zuvor zugunsten einer Familienplanung von arbeitenden und arbeits- und leistungswilligen Menschen eingesetzt hat.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Das ist natürlich nur ein Anfang. Weitere Maßnahmen wären Kindergärten mit langen Öffnungszeiten für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten.

[Anne Helm (LINKE): Wer ist denn auf diese Idee schon gekommen?]

Oder es könnte bei Stellenausschreibungen auch heißen: Bei gleicher Qualifikation werden Mütter und Väter bevorzugt. – Diese Diskussion muss auf Landes- und Bundesebene fortgeführt werden, bis hin zum Erreichen eines Familiensplittings, wie es die AfD die ganze Zeit fordert.

[Beifall bei der AfD]

Die AfD bleibt dabei aber die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir sind für eine Wettbewerbswirtschaft. Die Folgen dieses Wettbewerbs müssen aber sozial aufgefangen werden. In diesem Gesamtsystem, in diesem Ordnungsrahmen müssen Familien aufgewertet werden. Wenn Berlin hier eine Vorreiterrolle für ganz Deutschland übernimmt, dann unterstützen wir das. Und wenn wir Deutschen mehr Kinder haben, dann gibt es nicht nur mehr Renten, sondern es gibt auch mehr Fortschritt und Dynamik in Wirtschaft und Wissenschaft, und unser Land hat dann wieder eine Zukunft. Dieser Antrag ist nur ein kleiner Schritt, aber er geht endlich einmal in die richtige Richtung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD –

Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt die Abgeordnete Frau Bangert das Wort. – Bitte schön!

Sabine Bangert (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! – Herr Buchholz! Ich glaube, Sie sollten noch einmal Ihre Zustimmung zu dem Antrag überdenken, denn der Satz, der Ihnen so gut gefällt, steht in der Begründung, und die Begründung wird nicht mit abgestimmt.

[Herbert Mohr (AfD): Was ist das denn für eine Aussage?]

Deshalb: Überlegen Sie noch einmal, ob Sie auch unter diesen Umständen zustimmen können.

Alle sachlichen Gründe, warum es gut und richtig ist, sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen zu beenden, wurden bei der Einbringung des Antrags und gerade noch einmal von meinen Kolleginnen König und Schubert genannt. Und weil alles gesagt ist, werde ich jetzt nicht grundlos eine lange Rede halten.

Allerdings muss ich schon noch eine Bemerkung zu der Wankelmütigkeit der CDU machen, denn im Laufe der Beratungen in den Fachausschüssen, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe und auch im Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales, hat die CDU unserem Antrag zugestimmt, im Hauptausschuss hat sie sich dann entschlossen, sich zu enthalten. Das wird sie nach Ankündigung von Herrn Schulze-Berndt auch gleich im Plenum tun. Geschenk! Man darf die CDU auch nicht überfordern!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Dass wir die Auswirkungen dieses Beschlusses regelmäßig überprüfen müssen, ist selbstverständlich. Dazu gibt es auch den Berichtsauftrag. Und Sie können sicher sein, dass wir dieser Verantwortung auch nachkommen, denn das kritische Überprüfen politischer Beschlüsse und eine gegebenenfalls notwendige Nachjustierung ist integraler Bestandteil der verantwortungsbewussten und nachhaltigen Politik von Rot-Rot-Grün.

Ich verspreche Ihnen auch, dass wir das Thema darüber hinaus auf Landes- und auf Bundesebene weiter vorantreiben werden, mit dem Ziel, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Bedürfnissen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nach hinreichender Flexibilität auf der einen Seite und den Bedürfnissen der Beschäftigten nach Sicherheit auf der anderen Seite herzustellen. Gerade deshalb haben wir sachlich begründet gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen zu zentralen Punkten unseres politischen Handelns gemacht, denn dafür steht Rot-Rot-Grün in unserer Stadt. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Beifall von Udo Wolf (LINKE)]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der FDP hat jetzt der Abgeordnete Herr Swyter das Wort. – Bitte schön!

Florian Swyter (FDP):

Vielen Dank Frau Präsidentin! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Bangert! Wenn Sie verwirrt sind, was das Abstimmungsverhalten der CDU anbetrifft, habe ich jetzt die gute Nachricht für Sie: Dieses ist bei uns glasklar. Wir sind gegen diesen Antrag, und dafür haben wir auch gute Gründe. Dieser Antrag stimmt bereits in der Überschrift nicht. Da steht drin: Öffentlicher Dienst Vorreiter bei sachgrundloser Befristung. – Ich sehe den öffentlichen Dienst in Berlin in vielen Bereichen nicht als Vorreiter, sondern in vielen Bereichen bedauerlicherweise eher als Nachhut, übrigens auch beim Thema Befristungen. Hier setzt der Antrag an der richtigen Stelle an. Es ist nämlich tatsächlich so, dass wir in der Privatwirtschaft eine Befristungsquote von unter 10 Prozent haben und im öffentlichen Dienst über 10 Prozent, und dabei ist auch Berlin keine Ausnahme.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Stephan Schmidt (CDU)]

An der Stelle setzen Sie tatsächlich an einer richtigen Stelle an. Wir haben in Berlin – nach einer Anfrage, die mir im März beantwortet wurde – in etwa 4 400 befristete Beschäftigungsverhältnisse, davon 1 000 sachgrundlos. Die erste Frage, die ich mir gestellt habe: Warum hat es der öffentliche Dienst eigentlich noch nötig, sachgrundlos zu befristen?

[Paul Fresdorf (FDP): Gute Frage!]

Das muss man in einer weiteren Anfrage herausfinden, warum eigentlich. Denn Sie haben im öffentlichen Dienst einen weiteren Befristungsgrund, im Gegensatz zur Privatwirtschaft, und das ist die sogenannte Haushaltsbefristung. Insofern erwarte ich eher eine Umschichtung, dass sie sagen: Okay, keine sachgrundlos Befristung, dann gehen wir eher auf die Haushaltsbefristung. – Am Ende des Tages ist dieser Antrag also wohlfeil, wenn es den öffentlichen Dienst betrifft.

[Beifall bei der FDP]

Es ist ein Schaufensterantrag. Sie können in das Schaufenster etwas Schönes hineinstellen und sagen: Wir sind die Vorreiter. – und hinten im Laden wird genauso befristet gearbeitet wie vorher.

[Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Die beste Antwort im Arbeitsmarkt ist in der Tat – und sie gibt eine bessere Antwort auch darauf –, dass die Bedingungen im öffentlichen Dienst durchaus verbessert

(Florian Swyter)

werden können, und da, wo Befristungen nicht nottun, müssen sie auch nicht gemacht werden.

Die Antragsbegründung selbst übertreibt maßlos, wenn gesagt wird, befristete Arbeitsverträge führten stets zu einer enormen psychischen Belastung. Viele Befristungsverhältnisse sind gegenseitig befristet. Ich erinnere zum Beispiel an Promotionsstudenten, die am Lehrstuhl arbeiten. Für diese ist es selbstverständlich, dass sie befristet arbeiten. Sie leiden auch nicht darunter, übrigens auch wir Abgeordneten nicht und auch nicht die Mitarbeiter in diesem Haus. Sie leiden auch nicht so sehr darunter, dass sie sagen: Wir sind total fertig, weil unser Aufenthalt in diesem Haus befristet ist.

[Beifall bei der FDP]

Eine Anmerkung noch: 75 Prozent aller befristet Beschäftigten werden im Anschluss weiter beschäftigt. Die meisten Beschäftigten im befristeten Status werden im weiteren Verlauf unbefristet weiterbeschäftigt.

Ich sehe den Nachteil bei diesem Antrag auch, was die landeseigenen Betriebe anbetrifft. Sie verlieren dadurch an unternehmerischer Flexibilität. Das ist bedauerlich, denn der erste und wichtigste Zweck dieser landeseigenen Unternehmen ist es, die Aufgaben für die Berliner zu erfüllen, und auch das geschieht nur unzureichend. Insofern soll man ihnen nicht noch Flexibilität wegnehmen, die sie nach wie vor brauchen.

[Beifall bei der FDP]

Ich habe noch 40 Sekunden Redezeit, deswegen möchte ich Ihnen noch zurufen, denn dieser Antrag beschränkt sich nur auf den öffentlichen Dienst in Berlin: Für die Privatwirtschaft ist das sowieso kein Vorbild – hierzu hat auch Herr Schultze-Berndt vieles Notwendige gesagt. Es ist nach wie vor ein wichtiges Instrument, um insbesondere Langzeitarbeitslose in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Da geht es nicht um die Wahl zwischen unbefristeten und befristeten Beschäftigungsverhältnissen, sondern zwischen Arbeitslosigkeit und befristeten Beschäftigungsverhältnissen, und diesen Weg und diese Brücke, die unter der rot-grünen Bundesregierung ja auch erweitert wurde, sollte man nicht abschaffen. Ich verstehe manchmal wirklich nicht, warum die SPD an so wichtigen Stellen ihre positiven Ansätze, die zweifellos am Arbeitsmarkt Erfolge gebracht haben, so unnötig über Bord wirft. Ich kann Ihnen nur raten: Halten Sie an diesem Instrument fest, solange wir noch Langzeitarbeitslose haben!

[Beifall bei der FDP]

Es bleibt dabei: Dieser Antrag ist überflüssig. Er bringt im öffentlichen Dienst wenig Änderungen, und ein Vorbild für die Privatwirtschaft kann und darf dieser Antrag sowieso nicht sein. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag, Drucksache 18/0429 Neu empfiehlt der Fachausschuss mehrheitlich – gegen FDP – und der Hauptausschuss mehrheitlich – gegen FDP bei Enthaltung CDU – die Annahme mit neuem Berichtsdatum „30. Juni 2018“. Wer dem Antrag mit neuem Berichtsdatum „30. Juni 2018“ gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales, Drucksache 18/0659, zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und AfD. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das ist die FDP. Wer enthält sich zu diesem Antrag? – Das ist die Fraktion der CDU. – Entschuldigung! Der fraktionslose Abgeordnete hat wie abgestimmt?

[Andreas Wild (fraktionslos):
Ich habe dafür gestimmt!]

– Gut, also mit Zustimmung des fraktionslosen Abgeordneten! – Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3.5:

Priorität der Fraktion der CDU

Tagesordnungspunkt 22

**Wohnungsbaupotenziale ausschöpfen!
Mischnutzungen bei bisherigen
Einzelhandelsflachbauten auch für
Wohnbebauung nutzen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0636](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion der CDU. Der Abgeordnete Herr Gräff beginnt. – Bitte schön! Sie haben das Wort.

Christian Gräff (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als CDU-Fraktion hatten in der Tat in dieser Woche – wie die Senatorin ja auch vor einigen Monaten – sowohl Einzelhandel-Projektentwickler als auch diejenigen auf gewerblicher und Wohnungsbauseite zu einer Anhörung hier ins Parlament eingeladen, um uns mal darüber zu informieren, wo es eigentlich hakt. Die Frage also: Warum hakt es eigentlich? – Wie gesagt, die Senatorin hatte vor dem Sommer zu einem sogenannten Supermarktgipfel eingeladen, und seitdem ist nichts mehr passiert. Wie so oft beim Wohnungsbau ist überhaupt nichts mehr passiert. Hinsichtlich der Dinge, die abzarbeiten wären und die man auch angehen könnte und von denen wir glauben,